

Hans Misselwitz

Europäer mit weitem Horizont

Hermann Schwengel (1949–2014)



Hermann Schwengel, Mitglied des Redaktionsbeirates dieser Zeitschrift und der SPD-Grundwertekommission von 2000 bis 2014, starb am 7. Dezember 2014. Gerade 65 Jahre alt, hatte er im vergangenen Juli seine Abschiedsvorlesung am Institut für Soziologie an der Universität Freiburg gehalten, dessen Direktor er war. Mit ihm verliert die SPD einen profilierten Akademiker, der sich in der Politik uneigennützig engagierte – ob in der Freiburger Kommunalpolitik oder als Berater der Programmkommission der Partei für das Hamburger Grundsatzprogramm von 2007.

Hermann Schwengel wurde zu einer Zeit in die Grundwertekommission beru-

fen, die man als Zeitenwende bezeichnen kann. Die Jahrtausendwende beeinflusste den Zeitgeist, etwas Neues war angesagt. Mit dem Motto »Innovation und Gerechtigkeit« schaffte die SPD 1998 den Regierungswechsel, *new economy* war das Label der aufblühenden dot.com-Industrie, die SPD verortete sich als »Neue Mitte«. Vor allem Europa bewegte sich auf neue Horizonte zu: Die Währungsunion und die Integration einer ganzen Reihe mittel- und osteuropäischer Staaten standen bevor. In dieser Zeit, in der sich Europa weiter öffnete, erschien sein Buch, das zugleich eine programmatische Schrift war: *Globalisierung mit europäischem Gesicht. Der Kampf um die politische Form der Zukunft* (Aufbau Verlag, Berlin 1999).

Hermann Schwengels These war: Europa muss seinen eigenen Beitrag leisten, um sich »weltverträglich« und »friedensfähig« zu machen. Wie alle anderen Zivilisationen habe es einen eigenen Gestaltungsauftrag an der Globalisierung. Statt den US-amerikanischen Globalisierungsmodus überall zu adaptieren, so die These, wird die Globalisierung nur dann erfolgreich und segensreich, wenn andere Teile der Welt, darunter eben auch Europa, jeweils ihren historisch gewachsenen Beitrag leisten können.

Für Europa ginge es dabei weder darum, den alteuropäischen Wertehorizont defensiv zu verteidigen, noch sich einer unterschiedslosen globalen Postmoderne zu unterwerfen. Europas Beitrag sei die europäische institutionelle Innovation, die vielfältige europäische Traditionen und ebenso vielfältige globale Innovationen mischt. Dazu gehörten seine Mitarbeit in Weltorganisationen und globalen Netzwerken ebenso wie sein Weiterleben in al-

ten Gemeindedemokratien, historischen Regionen und Nationen.

Diese von Hermann Schwengel leidenschaftlich vertretene Idee von Europa ist ein gerade aktuell wertvolles Vermächtnis. Als Kern dieser europäischen Identität und Existenz begriff Hermann Schwengel den sich entwickelnden Sozialstaat und die sich zwischen Gemeinden und Regionen, Staaten und Union entfaltenden Ebenen der Demokratie. Sonst verlöre der Kontinent nicht nur seine Seele, sondern auch »das größte soziale, ökonomische und kulturelle Kapital, das die Europäer als Erfahrung und Angebot der Welt bereitstellen können«. Das steht heute zur Debatte und

erklärt, warum wir so intensiv über die Frage diskutieren müssen, wie wir bei immer tieferer globaler wirtschaftlicher Verflechtung – zum Beispiel aktuell anlässlich der Debatte um das Freihandelsabkommen TTIP im Blick auf Nordamerika – den Kern des europäischen Modells nicht preisgeben dürfen, wenn wir unserer Verantwortung nachkommen wollen. Es geht um ein Europa, das jenseits von Wettbewerbsfähigkeit und Durchsetzungsmacht seinen einzigartigen Beitrag für die Welt, eine gelingende politische Lebensform nationaler und kultureller Vielfalt einbringt. So würde es Hermann Schwengel formulieren.



Hans Misselwitz

war u.a. Geschäftsführer des Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. und Sekretär der SPD-Grundwertekommission.

hans.misselwitz@spd.de

Jutta Günther/Udo Ludwig

Der Anfang vom Ende des »Solis« – auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit?

Die Feierstunden und Gedenkveranstaltungen anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Berliner Mauerfalls sind vorüber, die Alltagsprobleme in Ost und West sind geblieben, und das Ende des Solidarpaktes II rückt näher. Jetzt steht auch noch und wieder einmal der Solidaritätszuschlag (»Soli«), ein Relikt aus der Zeit als die Kosten der Deutschen Einheit unterschätzt wurden, auf dem Prüfstand. Anders als in den bisherigen, regelmäßig wiederkehrenden Diskussionen im Zusammenhang mit dem populären Ruf nach Entlastung der Steuerzahler, wird es nun aber ernst. Endlich, denn die Abschaffung des »Soli« ist längst überfällig. Nicht, weil es keiner Solidarität mehr bedürfte, sondern um den falschen Schein über die

Höhe der Vereinigungskosten, die manch ein Minister glaubte aus der Portokasse bestreiten zu können, aus der Welt zu schaffen, und vor allem um die Chance zu ergreifen, die Solidarität zumindest ein Stück weit auf eine gerechtere Grundlage zu stellen.

Zur Orientierung: Der Solidarpakt II ist ein Instrument des Finanzausgleichs. Er wurde als Pakt zwischen Bund und Ländern und zeitlich befristet vom Gesetzgeber verabschiedet. Die Mittel sollen bis Ende des Jahres 2019 in den neuen Ländern und Berlin vor allem die Rückstände in der Infrastruktur reduzieren. Er ist mit 156 Milliarden Euro für 15 Jahre ausgestattet und degressiv ausgestaltet. Seit seinem Inkrafttreten im Jahr 2005 fließen jährlich